

Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Staatsministeriums

Zusammenarbeit nach der Zeitenwende – Baden-Württembergs Unterstützung für die Ukraine

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche konkreten Maßnahmen sie seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine bereits ergriffen hat oder aber gegenwärtig plant, um die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zur Ukraine zu festigen und zu vertiefen;
2. ob und falls ja, im Rahmen welcher Formate sie sich seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine mit ukrainischen Regierungs-, Parlaments-, Regional- und Kommunalvertretern ausgetauscht hat;
3. inwieweit sie gegenwärtig plant, die institutionelle Zusammenarbeit mit der Ukraine – etwa durch eine eigene Landespartnerschaft, eine eigene Repräsentanz oder eine eigene Delegationsreise – auszubauen und zu vertiefen (Antwort bitte mitsamt einer Bewertung der vorgeschlagenen Formate [Landespartnerschaft, Repräsentanz, Delegationsreise]);
4. in welchem Umfang Baden-Württemberg bislang Materialien zur humanitären Hilfe sowie Ressourcen aus Beständen des Katastrophenschutzes an das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum des Bundes und der Länder (GMLZ) gemeldet und so die Ukraine anschließend direkt oder indirekt (z. B. über Ringtauschformate) unterstützt hat (Angaben bitte, so möglich, aufgeschlüsselt in Material-/Ressourcenkategorie [z. B. Atemmaske, Feuerwehrrgeräte, Wohncontainer usf.] sowie jeweiligen Umfang [Stückzahl sowie Wiederbeschaffungswert]);

5. wie sich Partnerschaften, Freundschaften, Kontakte und Projektpartnerschaften (Kategorien gemäß dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas [RGRE]) zwischen den Kommunen Baden-Württembergs und ihren Pendanten in der Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskriegs zahlenmäßig entwickelt haben;
6. welche Erkenntnisse ihr über Teilnahmen baden-württembergischer Kommunen an dem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) erarbeiteten Projekt „Kommunale Partnerschaften mit der Ukraine“ vorliegen;
7. ob und falls ja, in welchem Umfang es seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine nach Kenntnis der Landesregierung zu sogenannten Solidaritätspartnerschaften zwischen baden-württembergischen und ukrainischen Kommunen gekommen ist;
8. wie sich etwaige Schulpartnerschaften sowie der Schüler- und Studierendenaustausch mit der Ukraine seit 2021 nach ihrer Kenntnis zahlenmäßig entwickelt haben (Antwort bitte aufgeschlüsselt nach Jahren);
9. in welchem Umfang sich die in den Vorfragen genannten (Partner-)Kommunen nach Kenntnis der Landesregierung an materiellen Hilfeleistungen (z. B. Atemmasken, Generatoren, Löschfahrzeuge usw.) beteiligt oder aber eigenen materielle Austauschformate ins Leben gerufen haben (Antwort bitte, so möglich, differenziert nach jeweiliger Kommune);
10. wie sie das Investitionsklima sowie die wirtschaftliche Attraktivität der Ukraine für baden-württembergische Unternehmen (insbesondere Unternehmen aus dem produzierenden Gewerbe) gegenwärtig beurteilt;
11. welche konkreten Maßnahmen und Initiativen sie seit Beginn des russischen Angriffskriegs bereits ergriffen hat oder aber gegenwärtig plant, um baden-württembergische Unternehmen bei Investitionen in die Ukraine zu begleiten und zu unterstützen;
12. wie sich die Außenhandelsbilanz mit der Ukraine seit 2020 entwickelt hat;
13. ob und falls ja, in welchem finanziellen Umfang die LBBW gegenwärtig in der Ukraine aktiv ist (Antwort bitte in Euro/Dollar pro Jahr sowie, so zutreffend, unter Angabe des entsprechenden LBBW-Engagements der Jahre 2020 und 2021);
14. inwieweit sie gegenwärtig plant, den LBBW-Standort Moskau in die Ukraine zu verlegen (Antwort bitte mitsamt wirtschaftspolitischer Bewertung einer etwaigen Verlegung);
15. inwieweit sie gegenwärtig plant, eine landeseigene Energiepartnerschaft mit der Ukraine abzuschließen.

6.7.2023

Dr. Rülke, Fink-Trauschel
und Fraktion

Begründung

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Der vorliegende Antrag fasst die Zusammenarbeit nach der Zeitenwende in den Blick. Er fragt danach, wie genau Baden-Württemberg die Ukraine bislang unterstützt hat, welche Potenziale die Landesregierung in der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenarbeit sieht und welche konkreten Maßnahmen sie bislang bereits ergriffen hat oder aber gegenwärtig noch plant, um die Zusammenarbeit mit der Ukraine im beidseitigen Interesse auszubauen und zu vertiefen.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 15. August 2023 Nr. STM51-0141.5-19/2 nimmt das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, dem Ministerium für Finanzen, dem Ministerium für Kultur, Jugend und Sport, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, dem Ministerium der Justiz und für Migration, dem Ministerium für Verkehr, dem Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und dem Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. welche konkreten Maßnahmen sie seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine bereits ergriffen hat oder aber gegenwärtig plant, um die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zur Ukraine zu festigen und zu vertiefen;

Zu 1.:

Die Landesregierung hat sich stets klar zur Solidarität mit der Ukraine bekannt, die einem andauernden brutalen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands ausgesetzt ist. Sie festigt und vertieft die Beziehungen zur Ukraine in der aktuellen Kriegslage insbesondere durch humanitäre Hilfen (vgl. Ziffer 4) sowie im Rahmen der nachfolgend genannten weiteren Maßnahmen, die einen Fokus auf die EU-Strategie für den Donauraum, auf kommunale Partnerschaften, die Unterstützung für Ukrainerinnen und Ukrainer und den Einsatz für die EU-Perspektive der Ukraine legen.

a) Neben bilateralen Beziehungen mit der Ukraine bietet die makroregionale *EU-Strategie für den Donauraum* (EUSDR), für welche die Ukraine 2022 erstmalig den Vorsitz innehatte, einen wichtigen Rahmen, um die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zu vertiefen. Die EUSDR mobilisiert politische Unterstützung für und in der Region und institutionalisiert Netzwerke zwischen verschiedenen Akteuren und Ebenen, die andernfalls nicht zustande gekommen wären. Sie ist das einzige themenübergreifende Netzwerk in Südosteuropa, das EU-Beitrittskandidaten gleichberechtigt in die Kooperation in Gremien und Projekten miteinbezieht und stellt daher gerade für die ukrainischen Partnerinnen und Partner eine wichtige und viel genutzte

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Möglichkeit der Kontaktaufnahme und -pflege dar. Die EUSDR wird darüber hinaus zukünftig eine entscheidende Rolle bei der Vertiefung der EU-Integration spielen und einen unterstützenden Beitrag zum EU-Beitrittsprozess unter anderem der Ukraine leisten.

Als konkrete Maßnahmen sind in diesem Kontext vorrangig die *EUSDR-Projektförderungen des Staatsministeriums* zu nennen. Um Ukrainerinnen und Ukrainern direkt zu helfen und die zivilgesellschaftlichen Akteure im Donauraum wirksam zu unterstützen, hat sich der Fokus bei den Projektbewilligungen durch das Staatsministerium zuletzt auf die Abmilderung der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine verschoben. So hatten sechs der acht im Jahr 2022 bewilligten Projekte einen ausgewiesenen Ukraine-Bezug (siehe dazu die Übersicht über Ukraine-Projekte des Donauprojektfonds des Staatsministeriums in *Anlage 1*). Einige Initiativen werden dabei gezielt in den Nachbarstaaten der Ukraine, wie beispielsweise in der Republik Moldau oder der Slowakei, umgesetzt, um insbesondere geflüchtete Frauen und Kinder bei ihrer Integration in die Gesellschaft zu unterstützen. Gemessen an seiner Gesamtbevölkerung von 2,6 Millionen Menschen hat die Republik Moldau die meisten Geflüchteten aus der Ukraine aufgenommen. Auch bei zukünftigen Förderungen aus dem EUSDR-Projektmittelfonds des Staatsministeriums wird es verstärkt um die Abmilderung der Folgen des Krieges und die Unterstützung des Wiederaufbaus in der Ukraine sowie die Heranführung an die EU gehen.

Des Weiteren hat die *Baden-Württemberg Stiftung* im Rahmen des Programms Perspektive Donau einen Nothilfe-Fond eingerichtet, der dazu dient, schnelle, unbürokratische humanitäre Hilfe zu leisten. Seit der Veröffentlichung der Ausschreibung im April 2022 hat die Baden-Württemberg Stiftung siebzehn Projekte mit einem Gesamtvolumen von ca. 315 000 Euro gefördert. Hinzu kommen weitere vier Projekte der regulären Ausschreibung, die ebenfalls Nothilfe-Charakter oder einen Ukraine-Bezug haben (siehe dazu die Übersicht über Projekte der Ukraine-Nothilfe-Perspektive Donau, in *Anlage 2*). Insgesamt beläuft sich die bisherige Förderung auf ca. 471 000 Euro.

Darüber hinaus wurde durch verschiedene Veranstaltungen im Rahmen der EUSDR die Aufmerksamkeit für die Situation in der Ukraine, aber auch für die gesamte Donauregion gesteigert. So hat die Koordinierung der Priorität 8 der EUSDR (Federführung: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus) am 1. Juli 2022 anlässlich des Internationalen Donaufests in Ulm die Veranstaltungsreihe „Die Donau-Region in der Zeitenwende“ gestartet. Nach der erfolgreichen zweiten Veranstaltung am 15. November 2022 anlässlich der Global Connect folgte mit Beteiligung des Staatsministeriums am 10. Juli 2023 bereits die dritte Fach-Veranstaltung im Haus der Wirtschaft in Stuttgart. Dabei waren neben Herrn Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Patrick Rapp und Herrn Europa-Staatssekretär Florian Hassler auch ukrainische Regierungsvertreterinnen und -vertreter sowie weitere hochrangige Gäste aus dem Donauraum eingebunden. Insgesamt ist festzustellen, dass der andauernde Krieg den Zusammenhalt, die Solidarität und die Erkenntnis der Notwendigkeit einer noch engeren Zusammenarbeit im Donauraum weiter intensiviert hat.

Am 30. November 2022 fand zudem in der Landesvertretung in Brüssel eine Veranstaltung zur Lage in der Republik Moldau mit Herrn Staatssekretär Florian Hassler, der EU-Botschafterin von Moldau sowie Vertreterinnen und Vertretern aus den EU-Institutionen statt, in deren Rahmen die Unterstützung der Republik Moldau als direkter Nachbar der Ukraine und als Aufnahmeland für ukrainische Geflüchtete thematisiert wurde.

- b) Zusätzlich und im Kontext des Angebots der Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW, siehe Ziffer 6) bündeln das Land und die kommunale Familie die internationale Zusammenarbeit mit der Ukraine auch in einer neu geschaffenen *Koordinierungsstelle Kommunale Partnerschaften*.

Das Staatsministerium finanziert auf der Grundlage des gemeinsam von Land und Kommunen mit Unterstützung des Bundes verabredeten Handlungs-

konzeptes für die Kommunale Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg, welches als Roadmap zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens gilt, eine Stelle – angesiedelt beim Städtetag – zur Stärkung der baden-württembergischen Städtepartnerschaften. Die Projektkoordination beim Städtetag dient als zentrale Anlaufstelle für kommunale Partnerschaften in Baden-Württemberg.

Die Koordinierungsstelle hat zwei regionale Schwerpunkte: Zum einen die Stärkung kommunaler Partnerschaften mit der Ukraine, die einen ganz wesentlichen Beitrag in der Zusammenarbeit leisten, zum anderen die Stärkung kommunaler Zusammenarbeit im Rahmen der Landespartnerschaft mit Burundi. Mit Blick auf die Ukraine sind kommunale Partnerschaften seit Kriegsbeginn zu einem entscheidenden Brückenkopf geworden für Hilfslieferungen und um die Menschen in der Ukraine direkt zu erreichen. Seit Monaten wird innerhalb dieser Strukturen schnell und pragmatisch Hilfe geleistet.

Mit Blick auf die Zusammenarbeit mit ukrainischen Kommunen geht es dabei beispielsweise um Vernetzung, Bündelung und Synergien der kommunalen Aktivitäten und in diesem Rahmen auch um die Verbindung der Aktivitäten des Landes mit denen der Kommunen. Beispielsweise konnte das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration seine Unterstützung für die Ukraine im Gesundheitsbereich mit medizinischen Gütern auch über kommunale Kanäle rasch und effizient abwickeln. Ebenso wird die Vermittlung der Hilfsprogramme des Bundes in die Städtepartnerschaften angeboten.

- c) Das *Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst* (MWK) hat verschiedene Maßnahmen durchgeführt, um die Situation der geflüchteten Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Kulturschaffenden aus der Ukraine zu verbessern:

Seit dem 20. September 2022 bietet die *Kontaktstelle für geflüchtete Studierende aus der Ukraine* des MWK (www.ua-study.de) Studierenden aus der Ukraine Informationen über den Weg zum Studium und Finanzierungsmöglichkeiten in ihrer Muttersprache an.

Im Jahr 2022 konnten ukrainische Studierende, die bereits vor dem Angriffskrieg in Baden-Württemberg studierten und durch das Wegbrechen der Studienfinanzierung aus dem Heimatland in Not geraten sind, ein Stipendium für das Sommersemester 2022 und das Wintersemester 2022/2023 in Anspruch nehmen. Studierende aus der Ukraine, die nach dem 24. Februar 2022 ihr Studium an baden-württembergischen Hochschulen aufgenommen haben und über einen Aufenthaltstitel gem. § 24 AufenthG verfügen, können durch eine im April 2022 durchgeführte Novellierung des Landeshochschulbührengesetzes von den Studiengebühren befreit werden.

Um die existentielle Not für die ukrainischen Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu lindern, die keine staatliche Unterstützung (SGB II oder BAföG) erhalten können, werden folgende Programme angeboten:

Überbrückungsfonds

Ukrainische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die finanziell in Not geraten, können eine Förderung von bis zu sechs Monaten und max. 934 Euro Studierende/1 200 Euro Wissenschaftler über ihre Hochschule beantragen. Für 2022 und 2023 wurden hierfür jeweils 500 000 Euro eingeplant.

Internationalisierungsmittel

Die staatlichen Hochschulen erhalten Internationalisierungsmittel (Gesamtfördersumme pro Jahr ca. 1 300 000 Euro), die sie unter anderem für Stipendien, Deutschkurse und Betreuungsmaßnahmen für geflüchtete Studierende einsetzen können.

Zusätzlich wurden die Hochschulen entlastet. So wurde das Studienkolleg an der Hochschule Konstanz mit einer auf zwei Jahre befristeten Verwaltungsstelle aufgestockt, um die zahlreichen Anträge auf Zeugnisanerkennung für alle Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Baden-Württemberg zu prüfen. Auch wurden zusätzliche T-Kurse am Studienkolleg des KIT eingerichtet, die Studienbewerber auf ein naturwissenschaftlich-technisches Studium an einer Universität vorbereiten, sowie ein zusätzlicher M-Kurs (Vorbereitung auf medizinische und biologische Studiengänge) an der Universität Heidelberg.

Ausblick

Alle oben skizzierten Maßnahmen und Programme des MWK sind bis Ende 2023 bzw. teilweise darüber hinaus (Studienkollegien) finanziert. Da bislang kein Ende des Ukrainekrieges zu sehen ist, wird das Wissenschaftsministerium den Erfolg der jeweiligen Maßnahmen weiter beobachten und bedarfsgerecht planen.

Kulturhilfe Ukraine

Gemeinsam mit dem ifa – Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart hat das MWK als erste Maßnahme eine Kontakt- und Koordinierungsstelle eingerichtet, an die sich flüchtende Künstlerinnen und Künstler aus der Ukraine sowie baden-württembergische Kultureinrichtungen mit ihren Hilfsangeboten wenden können. Die Kontaktstelle bietet den Kulturschaffenden aus der Ukraine als erste Anlaufstelle Beratung und vermittelt Kontakte zu Kultureinrichtungen in Baden-Württemberg. Es haben mehrere Netzwerktreffen für Kulturschaffende in Präsenz und online sowie Austauschformate auch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren stattgefunden, so z. B. eine Kooperationsveranstaltung des ifa – Institut für Auslandsbeziehungen mit der Evangelischen Akademie Bad Boll zum Thema „Die geflüchtete Seele – Ukrainische Kultur angesichts des Krieges“.

Das MWK unterstützt künstlerische Projekte von Kunst- und Kultureinrichtungen sowie von Vereinen der Breitenkultur, die entweder mit geflüchteten Kunst- und Kulturschaffenden aus der Ukraine stattfinden oder die zum Ziel haben, die Kulturszene in der Ukraine zu unterstützen. Hierzu wurde im Rahmen der Ausschreibung des „Innovationsfonds Kunst“ ein gesonderter Themenschwerpunkt gesetzt. Acht Projekte konnten mit rund 260 000 Euro gefördert werden. Im Fokus stehen Projekte, die dazu beitragen, sich mit dem Krieg, seinen Hintergründen und Folgen auseinanderzusetzen, die die Rolle der Ukraine im vereinten Europa aufzeigen und ein Zeichen der Solidarität setzen.

Des Weiteren beteiligt sich das Land mit 150 000 Euro im Förderprogramm „Sonnenstunden“ der Kulturstiftung der Länder. Ziel des Programms ist die Förderung von kulturellen Angeboten für geflohene Kinder und Jugendliche aus der Ukraine.

Weiterhin unterstützte das Land im Rahmen bestehender Partnerschaften eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Solidarität mit dem Donauland Ukraine“ mit länderkundlichen Informationen und Auftritten von Kulturschaffenden, Musikerinnen und Musikern sowie Literaten aus der Ukraine. Die Veranstaltungen bildeten zugleich den Rahmen, um für Geld- und Sachspenden sowie Hilfsaktionen zu werben.

- d) Im Bereich des *Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz* (MLR) bietet AgrarKontakte International (AKI) e. V., Stuttgart, landwirtschaftliche Praktikantenprogramme in Süddeutschland mit verschiedenen Ländern, u. a. mit der Ukraine, an. Eine der wesentlichen Zielsetzungen in allen Programmen ist es, jungen Nachwuchskräften aus der Landwirtschaft nach dem Motto „Lernen durch Tun“ praktische Kenntnisse und Erfahrungen für die landwirtschaftliche Produktion zu vermitteln. Das MLR unterstützt diese Aktivitäten finanziell.

Hinsichtlich des Praktikantenprogrammes 2022 mit der Ukraine haben es die aktuellen Kriegsumstände vor Ort leider nicht zugelassen, die Vorbereitungen und die Anreise der Praktikanten im Jahr 2022 wie geplant durchzuführen. AKI hat jedoch in Rücksprache mit landwirtschaftlichen Betrieben, welche sich dazu bereit erklärt hatten, auch unabhängig vom Praktikum Ukrainerinnen und Ukrainer bei sich aufzunehmen, angeboten, die Vorbereitungen und die Anreise zu unterstützen und beiden Seiten während der Zeit des Aufenthaltes beratend zur Seite zu stehen. Am 25. Juli 2022 sind fünf Ukrainerinnen zu einem 3-monatigen Praktikum angereist. Das reguläre Praktikanten-Programm mit der Ukraine wird im Jahr 2023 mit 37 Praktikanten wieder fortgeführt und AKI steht hierzu mit ehemaligen, aktuellen sowie bereits auch neuen Partnern in der Ukraine in Kontakt.

2. *ob und falls ja, im Rahmen welcher Formate sie sich seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine mit ukrainischen Regierungs-, Parlaments-, Regional- und Kommunalvertretern ausgetauscht hat;*

Zu 2.:

Die Landesregierung nutzt intensiv verschiedene Formate und Kontakte für den Austausch und die Unterstützung der Ukraine.

a) So ist auf das Engagement der Landesregierung für eine Unterstützung der Ukraine im Rahmen der *Europaministerkonferenz* und im Rahmen der *Bundesratsarbeit* hinzuweisen. Im Rahmen der 91. Sitzung der Europaministerkonferenz (EMK) am 1. und 2. März 2023 wurde unter Zustimmung Baden-Württembergs ein Beschluss der EMK zur Lage in der Ukraine gefasst. Hierin wurde insbesondere die Gewährung des Beitrittskandidaten-Status für die Ukraine gewürdigt.

Herr Ministerpräsident Kretschmann hielt am 3. März 2023 im Plenum des Bundesrats eine Rede zur Ukraine. Zudem ist eine Entschließung des Bundesrats anlässlich des Jahrestages des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine am 3. März 2023 (BR-Drucksache 60/23[B]) auf Antrag der Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen zu benennen. Auch beim Beschluss des Bundesrates vom 11. März 2022 (BR-Drucksache 80/22) zum „Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Makrofinanzhilfe für die Ukraine (COM[2022] 37 final; Ratsdok. 5849/22)“ war Baden-Württemberg Mittragssteller.

Am 13. April 2022 fand unter der Leitung von Herrn Ministerpräsident Kretschmann, in seiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Fragen der Europäischen Union (EU) des Bundesrats, ein virtueller Austausch mit dem Ausschuss für die Integration der Ukraine in die EU der Werchowyna Rada (ukrainisches Parlament) statt.

b) Herr Ministerpräsident Kretschmann befindet sich zudem im engen Austausch mit dem *Botschafter der Ukraine, S. E. Herrn Makeiev*, mit dem er unter anderem im März und im Mai 2023 zusammentraf.

Anlässlich des ukrainischen Nationalfeiertages am 24. August 2022 besuchte Ministerpräsident Winfried Kretschmann gemeinsam mit Herrn Dmytro Shevchenko, seinerzeit Konsul der Ukraine in München, die Stadt Ulm. Über die ukrainische Gemeinde in Ulm kam er mit Geflüchteten ins direkte Gespräch und konnte gemeinsam mit rund 300 geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern sowie ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern den Unabhängigkeitstag der Ukraine begehen.

Herr Staatssekretär Hassler steht in einem stetigen Austausch mit dem *Generalkonsul der Ukraine mit Sitz in München, Herrn Yarmilko*. Auch in seiner Funktion als Vertreter des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union finden immer wieder Austauschformate in der Landesvertretung in Brüssel statt. So sprach Herr Staatssekretär Hassler unter anderem im Rahmen der 89. EMK

am 13./14. Juni 2022 mit dem *Botschafter der Ukraine bei der EU, S. E. Herrn Vsevolod Chentsov*. Am 27. April 2022 wurde ein Benefizkonzert des Landesjugendorchesters für die Ukraine mit Herrn Botschafter Vsevolod Chentsov in der Landesvertretung in Brüssel organisiert.

Im Kontext der ukrainischen Präsidentschaft der EU-Donauraumstrategie stand Staatssekretär Florian Hassler unmittelbar nach dem 24. Februar 2022 in schriftlichem Austausch mit dem seinerzeitigen *Nationalen Koordinator und Vize-Minister für Regionale Entwicklung und EU-Integration der Ukraine*.

Herr Staatssekretär Hassler führte gemeinsam mit Herrn Staatssekretär Lorek im März 2022 im Staatsministerium ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der *ukrainischen Gemeinde* und dem Honorarkonsul der Ukraine in Baden-Württemberg, Herrn Prettl. Daneben fand im Rahmen einer Delegationsreise im Oktober 2022 nach Rumänien und Moldau unter Leitung von Herrn Staatssekretär Hassler, die gemeinsam mit Herrn Staatssekretär Lorek unternommen wurde, auch ein Gespräch mit dem *ukrainischen Botschafter in Moldau, S. E. Herrn Shevchenko Marko Oleksandrovych*, statt.

Im Rahmen der kommunalen Solidaritätspartnerschaft zwischen den Städten Ulm, Neu-Ulm und *Bilhorod-Dnistrovskyyi* war das Staatsministerium am 18. Juli 2023 zu einem Austausch mit einer Delegation um Oberbürgermeister Vitalii Hrazhdan im Donaubüro Ulm/Neu-Ulm eingeladen und stellte seine Arbeit sowie Unterstützungsmöglichkeiten für die Ukraine im Rahmen der EUSDR vor.

- c) Im Rahmen des vom Ministerium der Justiz und für Migration veranstalteten Heidelberger Symposiums Migration im Dezember 2022 zum Thema „Der Krieg in der Ukraine – Herausforderungen und Folgen für die Migrationspolitik“ hat S. E. Herr Botschafter Makeiev via digitaler Zuschaltung ein Grußwort gesprochen. Zudem fand im Mai 2023 ein Gespräch von Frau Ministerin Gentges mit S. E. Herrn Botschafter Makeiev in der Ukrainischen Botschaft in Berlin statt.
- d) Herr Verkehrsminister Winfried Hermann MdL ist am 15. November 2022 bei seinem Besuch der Smart City Expo in Barcelona auf den *Oberbürgermeister der Stadt Kiew, Herrn Vitali Klitschko*, getroffen. Bei dem Gespräch ging es unter anderem um die mögliche Unterstützung der Stadt Kiew in Bezug auf Lieferungen von Linienbussen und sog. Unimog-Fahrzeugen des Unternehmens Daimler Truck. Im Nachgang dieses Gesprächs hat sich Minister Hermann schriftlich an Daimler Truck gewandt, um dieses Anliegen weiterzutragen und das Unternehmen zu bitten, eine entsprechende Unterstützung der Stadt Kiew zu prüfen.

3. *inwieweit sie gegenwärtig plant, die institutionelle Zusammenarbeit mit der Ukraine – etwa durch eine eigene Landespartnerschaft, eine eigene Repräsentanz oder eine eigene Delegationsreise – auszubauen und zu vertiefen (Antwort bitte mitsamt einer Bewertung der vorgeschlagenen Formate [Landespartnerschaft, Repräsentanz, Delegationsreise]);*

Zu 3.:

Derzeit ist die Lage vom Angriffskrieg und den andauernden Kampfhandlungen in der Ukraine geprägt. Die Landesregierung orientiert sich dabei für die Unterstützung der Ukraine am bewährten *Bottom-Up-Ansatz*, der Aktivitäten und Kooperationen des Landes, der Kommunen und der Zivilgesellschaft bündelt, Synergien schafft und vom Land aktiv gefördert wird. Der Fokus liegt auf konkreten und effizienten Hilfen für die Ukraine, für Ukrainerinnen und Ukrainer sowie auf der Unterstützung für die EU-Perspektive der Ukraine.

Dafür werden bestehende institutionelle Formate wie die *EU-Strategie für den Donauraum* und *bilaterale Kontakte* genutzt, die nach den bisherigen Erfahrungen die beste Gewähr für ein wirkungsvolles Handeln bieten. Wie unter Ziffer 1

dargestellt ist insbesondere die EU-Strategie für den Donauroum zu einem wichtigen Forum für Austausch, Kooperation und die EU-Perspektive der Ukraine geworden. Hier kann auch die Zusammenarbeit mit anderen Donauländern für die Ukraine genutzt werden. In der EUSDR ist das Land seit vielen Jahren maßgeblich aktiv, nutzt und gestaltet die Arbeit dieser Plattform intensiv mit. Die Unterstützung aus Baden-Württemberg kommt dabei verschiedenen Landesteilen in der gesamten Ukraine zugute – anders als dies bei *Landespartnerschaften*, die stets mit einer Region abgeschlossen werden, der Fall wäre.

Die Etablierung eines *Auslandsbüros oder einer Wirtschaftsrepräsentanz* in der Ukraine ist derzeit nicht geplant, da es für die aktuellen Landesaktivitäten nicht maßgeblich auf eine institutionalisierte Präsenz vor Ort ankommt.

Reisen und Delegationsreisen in die Ukraine können eine Rolle spielen, sobald die Lage vor Ort dies wieder zulässt. Derzeit liegt eine Reisewarnung und Ausreiseaufforderung des Auswärtigen Amtes für die Ukraine vor. Die Landesregierung beobachtet die Lage laufend und wird ihre Aktivitäten an die dynamischen Entwicklungen anpassen. Grundsätzlich besteht dabei im Rahmen des Außenwirtschaftsprogramms von Baden-Württemberg International auch die Möglichkeit einer Wirtschaftsdelegationsreise, in Abhängigkeit von den weiteren geopolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Ukraine.

Auch in der derzeitigen Lage nutzt die Landesregierung Reisen für ihre Aktivitäten. Bereits im vergangenen Jahr widmete sich eine *Reise von Herrn Staatssekretär Hassler zusammen mit Herrn Staatssekretär Dr. Rapp und Herrn Staatssekretär Lorek nach Rumänien und in die Republik Moldau* unter anderem intensiv der Lage in der Ukraine, der Aufnahme ukrainischer Geflüchteter in den Nachbarländern und den Möglichkeiten, mit Partnern im Donauroum zur Stabilisierung der gesamten Region beizutragen, die vom russischen Angriff bedroht ist. In Moldau fanden politische Gespräche mit dem moldauischen Außenminister, S. E. Nicu Popescu, und dem Staatssekretär im moldauischen Außenministerium, Vladimir Cuc, statt. Zudem wurden Gespräche mit dem Botschafter der EU und dem ukrainischen Botschafter in Moldau geführt. Ferner hat die Delegation im Rahmen eines Projektbesuchs bei der CONCORDIA Sozialprojekte Stiftung in Chişinău einen Einblick in die Arbeiten mit Geflüchteten aus der Ukraine in Moldau erhalten. Hier nahmen auch Vertreter der Agapedia gGmbH und der internationalen Akademie für Aus- und Weiterbildung gGmbH (IAW) teil, die sich ebenfalls in der Republik Moldau engagieren und vom Staatsministerium im Rahmen von Projektförderungen unterstützt werden.

Noch in diesem Jahr ist eine Teilnahme von Herrn Staatssekretär Hassler in seiner Rolle als Sondergesandter der Landesregierung für die EU-Donauraumstrategie am *Ministertreffen der für die EUSDR zuständigen Ministerinnen und Ministern* geplant. Es findet am 24. Oktober 2023 anlässlich des 12. Jahresforums in Brdo pri Kranju, Slowenien, statt.

Das Staatsministerium wurde darüber hinaus angefragt, am *10. Donau-Beteiligungstag* (Danube Participation Day, DPD) mit einer Expertin für die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen und lokalen bzw. regionalen Akteurinnen und Akteuren im Donauroum an der Paneldiskussion „Social Recovery – Strengthening a socially inclusive future“ teilzunehmen. Der diesjährige DPD wird unter dem Motto „Ukraine’s recovery towards EU membership – How can the EU Danube Strategy strengthen civil society & local actors for a sustainable recovery towards EU membership and what can we learn from/for Moldova?“ veranstaltet.

Über *Reisen im Rahmen der EU-Donauraumstrategie* sollen die Zusammenarbeit mit der Ukraine auch zukünftig ausgebaut und insbesondere Unterstützungsmöglichkeiten beim mittel- bis langfristigen Wiederaufbau der Ukraine in den Blick genommen werden.

4. in welchem Umfang Baden-Württemberg bislang Materialien zur humanitären Hilfe sowie Ressourcen aus Beständen des Katastrophenschutzes an das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum des Bundes und der Länder (GMLZ) gemeldet und so die Ukraine anschließend direkt oder indirekt (z. B. über Ringtauschformate) unterstützt hat (Angaben bitte, so möglich, aufgeschlüsselt in Material-/Ressourcenkategorie [z. B. Atemmaske, Feuerwehrgeräte, Wohncontainer usf.] sowie jeweiligen Umfang [Stückzahl sowie Wiederbeschaffungswert]);

Zu 4.:

Über das *Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration* (SM) wurden Spenden von medizinischen Materialien und Geräten im Wert von insgesamt über 42 Mio. Euro für die Ukraine organisiert. In *Anlage 3* ist die Aufschlüsselung der Spenden nach Kategorien, Stückzahl und die Abwicklung ersichtlich.

Durch das *Ministerium des Innern, für Digitalisierung und Kommunen* (IM) wurde zur Unterstützung bei ressortübergreifenden Abstimmungen und der Koordination insbesondere von Nothilfen die Koordinierungsstelle „Nothilfe Ukraine“ unter Leitung eines „Nothilfe-Koordinators“ beim IM eingerichtet. Als Ansprechpartner für das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum des Bundes und der Länder (GMLZ) wurde von der Koordinierungsstelle eine Vielzahl an Hilfsersuchen bearbeitet und gesteuert. Der Koordinierungsstelle oblag auch die Umsetzung des mit einem Volumen von einer Million Euro ausgestatteten Nothilfe-Sofortprogramm des Landes, unter anderem für Ausstattung zur medizinischen Erstversorgung und zur Menschenrettung. Des Weiteren wurden auch Sachspenden, insbesondere von Gemeindefeuerwehren, koordiniert und unterstützt.

Unter Federführung des Landespolizeipräsidiums wurden insgesamt drei Hilfsgüterlieferungen im Rahmen von humanitären Hilfeleistungsersuchen der Ukraine durchgeführt, bei denen die Meldung der Hilfsgüter an die Ukraine sowie der anschließende Transport über das GMLZ koordiniert wurde. Der Umfang dieser Hilfsgüterlieferungen kann der als *Anlage 4* beigefügten Tabelle entnommen werden.

Die Landesregierung hat außerdem Kenntnis darüber, dass *Kommunen, Vereine, Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen sowie auch private Initiativen* bis heute materielle Hilfsgüterlieferungen entweder direkt oder zu Partnerstädten an der ukrainischen Grenze durchführen. So hatten sechs der bislang 21 bewilligten Projekte des Programms Perspektive Donau/Ukraine-Nothilfe die Lieferung von bedarfsgerechten Hilfsgütern (insbes. Lebensmittel, Medizinprodukte, Hygieneartikel) zum Gegenstand (siehe *Anlage 2*).

5. wie sich Partnerschaften, Freundschaften, Kontakte und Projektpartnerschaften (Kategorien gemäß dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas [RGRE]) zwischen den Kommunen Baden-Württembergs und ihren Pendanten in der Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskriegs zahlenmäßig entwickelt haben;

Zu 5.:

Der Landesregierung liegen hierzu keine eigenen Erkenntnisse vor. Daher wurden die drei kommunalen Landesverbände beteiligt. Diese haben in einer gemeinsamen Stellungnahme mitgeteilt, die Zahl der unbefristet angelegten Kommunalpartnerschaften mit urkundlicher Grundlage habe sich nach derzeitiger Erkenntnislage von zehn Partnerschaften vor dem 24. Februar 2022 auf aktuell 12 Partnerschaften erhöht. Die Zahl der freundschaftlichen Kontakte habe sich von zwei Freundschaften vor dem 24. Februar 2022 auf eine verringert. Dies ergebe sich aus der Umwandlung eines freundschaftlichen Kontakts in eine formelle Partnerschaft im April 2022. Zu Kontakten zwischen baden-württembergischen und ukrainischen Kommunen lägen keine Daten vor. Projektpartnerschaften im Sinne einer auf einer Vereinbarung beruhenden, zeitlich begrenzten partnerschaftlichen Verbindung, die spezifische Projekte beinhaltet, bestünden nach derzeitigen Informationsstand zwischen baden-württembergischen und ukrainischen Kommunen nicht.

6. welche Erkenntnisse ihr über Teilnahmen baden-württembergischer Kommunen an dem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) erarbeiteten Projekt „Kommunale Partnerschaften mit der Ukraine“ vorliegen;

Zu 6.:

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) unterstützt im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) innerhalb des Projektes „Kommunale Partnerschaften mit der Ukraine“ bereits seit 2015 ein Netzwerk aus aktuell deutschlandweit 170 formalisierten und nicht-formalisierten kommunalen, deutsch-ukrainischer Partnerschaften mit verschiedenen Vernetzungs-, Beratungs- und Förderangeboten (Stand 21. Juli 2023).

Nach Auskunft der drei kommunalen Landesverbände nehmen die baden-württembergischen Kommunen, welche bereits vor Beginn des russischen Angriffskriegs partnerschaftliche Verbindungen in die Ukraine gepflegt haben, in überwiegender Mehrheit an dem vom BMZ sowie der SKEW erarbeiteten Projekt „Kommunale Partnerschaften mit der Ukraine“ teil. Darüber hinaus nehmen Kommunen mit neu entstandenen Partnerschaften mit ukrainischen Pendanten im Rahmen des Programminstrumentes der „Solidaritätspartnerschaften“ teil (siehe Ziffer 7). Nach Angaben der SKEW gegenüber den drei kommunalen Landesverbänden werden derzeit die folgenden 24 baden-württembergisch-ukrainischen Partnerschaften durch das Programm unterstützt:

Kommune Baden-Württemberg	Kommune Ukraine
Baden-Baden	Jalta
Crailsheim	Nowowolynsk
Esslingen am Neckar	Kamjanez-Podilskyj
Ettenheim	Wilchowecka
Freiburg im Breisgau	Lwiw
Furtwangen	Wylkowe
Heidelberg	Simferopol
Hofstetten	Trostjanez
Hohenlohekreis	Owidiopol
Karlsruhe	Winnyzja
Korntal-Münchingen	Baschtanka
Leinfelden-Echterdingen, Filderstadt, Ostfildern	Poltawa
Lörrach	Wyschorod
Ludwigsburg	Jewpatorija
Ludwigsburg	Semeniwka
Mannheim	Tscherniwzi
Mühlingen	Onokiwzi
Ravensburg	Zymna Woda
Schwäbisch Gmünd	Obroschyne

Kommune Baden-Württemberg	Kommune Ukraine
Stuttgart	Chmelnyzkyj
Ulm	Bilhorod-Dnistrowskyj
Vörstetten	Hirská
Waldkirch	Korjukiwka

Die auf der Homepage der SKEW veröffentlichte Übersicht der Kommunalbeziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine erlaubt verschiedene Filterfunktionen, u. a. nach Ländern. Demnach gibt es 26 erfasste Kommunalbeziehungen aus Baden-Württemberg in die Ukraine, darunter auch zwei Betreiberpartnerschaften kommunaler Unternehmen (MVV Netze GmbH Mannheim – Tscherniwtsivodokanal seit 2022; Netze BW GmbH – Charkiwwodokanal seit 2023). Mitgezählt wurde außerdem die erst im Frühjahr 2023 geschlossene länderübergreifende Partnerschaft zwischen Ulm/Neu-Ulm – Bilhorod-Dnistrowskyj (in der Übersicht unter Bayern aufgeführt).

Neun der Kommunalpartnerschaften wurden bereits vor dem Jahr 2015 geschlossen, davon die ersten im Jahr 1988 (Leinfelden-Echterdingen und Filderstadt – Poltawa) und 1989 (Freiburg i. B. – Lwiw). Das kommunale Engagement aus dem Land in die Ukraine hat sich seit Kriegsbeginn stark intensiviert. Deutlich wird dies u. a. an den jeweils fünf neu geschlossenen Kommunalpartnerschaften sowie je einer Betreiberpartnerschaft in den Jahren 2022 und 2023 (siehe: <https://skew.engagement-global.de/ukraine.html>).

Die Gestaltung der baden-württembergischen Partnerschaften ist dabei unterschiedlich. Die Stadt Karlsruhe hat sich beispielsweise mit einem Gemeinderatsbeschluss im Juli 2022 explizit für eine klassische Städtepartnerschaft mit Winnyzja ausgesprochen (Vertragsunterzeichnung im April 2023) mit dem Ziel einer langfristig nachhaltigen Kooperation und Freundschaft. Stuttgart engagiert sich gemeinsam mit seinen zwei Partnerstädten Dresden und Straßburg in einer nicht-formalisierten Solidaritätspartnerschaft mit Chmelnyzkyj und übernimmt dabei die Koordinierungsfunktion.

Solidaritätsbetreiberpartnerschaften bezeichnen die Zusammenarbeit zwischen deutschen und einem ukrainischen kommunalen Wasser- bzw. Abwasserunternehmen, die 2022 als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine entstanden sind. Im Vordergrund steht dabei die kurzfristige Unterstützung der ukrainischen Betreiber, die auf unterschiedliche Weise betroffen sind (Zerstörung von Infrastruktur, unsichere Stromversorgung, erhöhter Wasserbedarf bzw. Abwasseraufkommen aufgrund von Binnenmigration usw.). Die Bedarfe für technische Güter werden mit den Partnern gemeinsam erörtert. Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) unterstützt die Beschaffung von technischem Equipment im Wert von bis zu 100 000 Euro. Darüber hinaus kann zu inhaltlichen Fragestellungen gearbeitet werden (Peer-to-Peer Austausch/Beratung).

7. ob und falls ja, in welchem Umfang es seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine nach Kenntnis der Landesregierung zu sogenannten Solidaritätspartnerschaften zwischen baden-württembergischen und ukrainischen Kommunen gekommen ist;

Zu 7.:

Nach Auskunft der drei kommunalen Landesverbände sind seit Beginn des russischen Angriffskriegs nachfolgende 12 Solidaritätspartnerschaften zwischen baden-württembergischen und ukrainischen Kommunen entstanden. Kommunale Partnerschaftsbeziehungen, die sich noch in der Anbahnungsphase befinden, sind nicht enthalten.

Kommune Baden-Württemberg	Kommune Ukraine
Crailsheim	Nowowolynsk
Esslingen am Neckar	Kamjanez-Podilskyj
Ettenheim	Wilchoweзка
Hohenlohekreis	Owidiopol
Karlsruhe	Winnyzja
Korntal-Münchingen	Baschtanka
Ravensburg	Zymna Woda
Schwäbisch Gmünd	Obroschyne
Stuttgart	Chmelnyzkyj
Ulm	Bilhorod-Dnistrowskyj
Vörstetten	Hirska
Waldkirch	Korjukiwka

8. wie sich etwaige Schulpartnerschaften sowie der Schüler- und Studierenden-austausch mit der Ukraine seit 2021 nach ihrer Kenntnis zahlenmäßig entwickelt haben (Antwort bitte aufgeschlüsselt nach Jahren);

Zu 8.:

Schulpartnerschaften sind in Baden-Württemberg nicht meldepflichtig.

Im April 2016 führte das Kultusministerium eine freiwillige Abfrage zu bestehenden Schulpartnerschaften (ohne ERASMUS+-Schulpartnerschaften) an allen öffentlichen allgemein bildenden Schulen durch, an der sich 2 685 Schulen beteiligten. Aus dieser Erhebung geht hervor, dass vier allgemein bildende öffentliche Schulen in Baden-Württemberg zum Zeitpunkt der Datenerhebung einen regelmäßigen Schüleraustausch mit einer ukrainischen Schule durchführten. Aktuellere Zahlen liegen dem Kultusministerium für den allgemein bildenden Bereich nicht vor.

Im Rahmen einer im Dezember 2021 durchgeführten Umfrage an allen öffentlichen beruflichen Schulen durch das Kultusministerium wurden keine Schulpartnerschaften mit der Ukraine gemeldet.

Aus Landesjugendplanmitteln fördert das Kultusministerium *Schülerbegegnungen* mit den Staaten Mittelost- und Osteuropas gemäß der VwV des Kultusministeriums über die Förderung der Jugendbildung vom 21. Juni 2017 (Amtsblatt K. u. U. S. 140), soweit diese nicht bereits über ihre Bundesverbandszentrale aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes bezuschusst werden. Im Jahr 2021 fanden keine Schülergruppenaustausche mit der Ukraine statt. Im Jahr 2022 wurden insgesamt fünf Schülergruppenaustausche mit der Ukraine gefördert. Daran nahmen insgesamt 59 Schülerinnen und Schüler aus Baden-Württemberg teil.

Die Entwicklung der immatrikulierten *Studierenden mit ukrainischer Staatsangehörigkeit* (Bildungsausländer) stellt sich laut amtlicher Statistik wie folgt dar:

WS 20/21	WS 21/22	WS 22/23
463	418	784

Um die Auswirkungen des Krieges mit den dazugehörigen Fluchtbewegungen Studierender aus der Ukraine besser einschätzen zu können, erhebt das Ministe-

rium für Wissenschaft, Forschung und Kunst seit März 2022 regelmäßig Daten über den Stand der Bewerbungen und Immatrikulationen. So haben sich im April 2022 704 Studierende aus der Ukraine an den Hochschulen des Landes beworben (Mehrfachbewerbungen möglich). Immatrikuliert haben sich 206 Studierende. Im April 2023 lagen 2 507 Bewerbungen bei 695 Immatrikulationen vor.

Wie eine Abfrage beim Hochschulkompass ergab, pflegen 18 baden-württembergische Hochschulen mit 27 ukrainischen Hochschuleinrichtungen *Kooperationen*. Die Kooperationen dienen vor allem dem Studierendenaustausch. Einige der Kooperationen bestehen bereits seit den 1990er-Jahren. Weitere Daten zum Abschluss der Kooperationen können der Datenbank nicht entnommen werden.

Als Beispiele intensiver Kooperationen und der unermüdlichen Unterstützung Studierender aus der Ukraine durch die Hochschulen in Baden-Württemberg können die Aktivitäten der Hochschulen Esslingen und Reutlingen und der Musikhochschule Freiburg genannt werden, die Studierende ihrer Partnerhochschulen aus der Ukraine nach Baden-Württemberg an ihre Hochschule eingeladen und teilweise auch Transporte nach Baden-Württemberg organisiert haben.

Im März 2022 beschloss die *Baden-Württemberg Stiftung* den baden-württembergischen Hochschulen im Rahmen einer Soforthilfe Ukraine im *Baden-Württemberg-STIPENDIUM* zusätzliche Stipendienmittel in Höhe von insgesamt bis zu einer Mio. Euro zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen der Soforthilfe Ukraine wurde von der Reziprozität des Studierendenaustauschs abgewichen. Für das Studienjahr 2022/2023 wurden weitere 500 000 Euro zur Verfügung gestellt. Über die Soforthilfe im Baden-Württemberg-STIPENDIUM konnten so seit März 2022 165 Personen aus der Ukraine gefördert werden. Zusätzlich wurden 28 Personen aus der Ukraine über das Normalprogramm im Baden-Württemberg-STIPENDIUM gefördert.

9. in welchem Umfang sich die in den Vorfragen genannten (Partner-)Kommunen nach Kenntnis der Landesregierung an materiellen Hilfeleistungen (z. B. Atemmasken, Generatoren, Löschfahrzeuge usf.) beteiligt oder aber eigenen materielle Austauschformate ins Leben gerufen haben (Antwort bitte, so möglich, differenziert nach jeweiliger Kommune);

Zu 9.:

Nach Auskunft der drei kommunalen Landesverbände haben *Städte und Gemeinden* sowie *kommunale Unternehmen* in Baden-Württemberg nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine unverzüglich Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der Ukraine bzw. der ukrainischen Bevölkerung durch Hilfstransporte in die Wege geleitet und durchgeführt. Dies geschehe bisweilen in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen oder weiteren Partnerstädten. Die Lieferungen umfassten ein breites Spektrum an Gütern, welche sowohl der kommunalen Daseinsvorsorge als auch Individuen in der Bevölkerung zugutekämen. Zu diesen Gütern gehörten unter anderem Hygieneartikel, Kleidung, Nahrungsmittel, kommunale Nutzfahrzeuge, Feuerwehrfahrzeuge, hydraulische und mechanische Rettungsgeräte, Löscharmaturen und -geräte, Kombigeräte zum Heizen und Kochen, Stromgeneratoren, Wärmezelte, medizinisches Gerät, OP-Zubehör, Medikamente, Verbandsmaterial und Krankentragen.

Wenngleich die *Landkreise* in Baden-Württemberg keine formalen Partnerschaften in die Ukraine unterhalten, erbringen sie nach Auskunft der drei kommunalen Landesverbände in vielfältiger Art und Weise Unterstützungsleistungen. Seit Beginn des Krieges sei eine große Zahl von Hilfslieferungen organisiert worden. Beispielsweise wurden hierzu auch Spendenkonten eingerichtet. Insbesondere würden bestehende Partnerschaften mit polnischen Landkreisen genutzt, um Hilfslieferungen auf diesem Weg in die Ukraine zu senden oder die ukrainischen Geflüchteten im polnischen Partnerlandkreis zu unterstützen. Die Landkreise arbeiteten auch vielerorts mit Hilfsorganisationen zusammen und übernahmen die Koordinierung der Lieferungen.

Eine Erhebung des konkreten Umfangs der materiellen Hilfeleistungen im Sinne der Fragestellung ist mit vertretbarem Aufwand nicht möglich. Folgende Aktivitäten baden-württembergischer Kommunen sollen aber beispielhaft genannt werden, um die Bedeutung insbesondere des kommunalen Engagements in Baden-Württemberg hervorzuheben:

Die *Stadt Freiburg* leistet seit Beginn des russischen Angriffskrieges mit Unterstützung der Bevölkerung eine bedarfsorientierte technische und logistische Hilfe für ihre Partnerstadt Lwiw sowie deren Bevölkerung. Hilfslieferungen umfassten beispielsweise

- bislang zehn Groß-Generatoren für die Wasserversorgung, das Notfallkrankenhaus und die Fernwärme in Lwiw,
- zwei weitere Großgeneratoren,
- Beatmungs- und medizinische Geräte für den Krankenhausbedarf,
- mehrere Hilfstransporte mit Sachspenden für den täglichen Bedarf,
- Schulmöbel und Tablets,
- drei kleine Dieselgeneratoren,
- Spielgeräte und Solarmodule sowie Batteriepuffer,
- 36 Photovoltaik-Paneele mit Powerblocks für die dezentrale Versorgung.

In der *Stadt Karlsruhe* wurde das Spendenkonto „Karlsruhe hilft“ genutzt, unter anderem für Spenden zur Unterstützung von Projekten des Vereins „Ukrainer in Karlsruhe. Deutsch-Ukrainischer Verein e. V.“ und der Rosinen Initiative gGmbH, unter anderem für das Kinder-Rehazentrum St. Mykhola in Lwiw. Grundlegend und zentral arbeitet die städtische Plattform „Ukrainehilfe“ in enger Kooperation mit der Flüchtlingshilfe Karlsruhe e. V. Die Rosinen-Initiative gGmbH koordiniert Bedarfsanfragen aus der Ukraine und transportiert gemeinsam mit verschiedenen Partnerinnen und Partnern seit April 2022 technische, medizinische und humanitäre Güter in die Ukraine (Details unter <https://www.rosinen-initiative.de/aktuelles>).

Die *Stadt Sindelfingen* hat die interkommunale europaweite Kooperationsplattform „Cities4Cities“ (www.cities4cities.eu) Ende März 2022 unter der Schirmherrschaft des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas im Europarat mitbegründet, um ukrainische und andere europäische Städte miteinander zu vernetzen. Mit der Plattform sollen Hilfesuche und Bedürfnisse der ukrainischen Kommunen mit den Unterstützungsangeboten und dem Know-how anderer europäischer Städte zusammengebracht werden, beispielsweise mit Hilfsgüterlieferungen oder einem Wissenstransfer. Zur Förderung des kommunalen Engagements in der Ukraine hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der Stadt Sindelfingen 990 780 Euro für die Beschaffung von Nutzfahrzeugen zur Unterstützung ukrainischer Kommunen für das Jahr 2023 bewilligt. In engem Austausch mit Sindelfingens Oberbürgermeister Dr. Bernd Vöhringer hat Herr Staatssekretär Hassler am 27. Februar 2023 das zweitägige Strategic Municipal Partnership Forum der Cities4Cities-Plattform in Böblingen eröffnet. Aus der Veranstaltung sind mehrere Projekt- und Solidaritätspartnerschaften zwischen baden-württembergischen und ukrainischen Kommunen hervorgegangen.

Im Rahmen ihrer Solidaritätspartnerschaft mit Bilhorod-Dnistrovskyi haben die *Städte Ulm und Neu-Ulm* am 17. Juli 2023 drei Gelenkbusse an die ukrainische Seite übergeben.

10. wie sie das Investitionsklima sowie die wirtschaftliche Attraktivität der Ukraine für baden-württembergische Unternehmen (insbesondere Unternehmen aus dem produzierenden Gewerbe) gegenwärtig beurteilt;

Zu 10.:

Die wirtschaftliche Lage in der Ukraine und damit auch das Investitionsklima im Land sind aktuell noch erheblich von den militärischen Aggressionen Russlands gegen die Ukraine geprägt. Die weitere Entwicklung ist schwer vorhersehbar und vom weiteren Kriegsverlauf abhängig. Durch die Rückeroberung eines Teils der besetzten Gebiete und die Verlagerung der kriegerischen Auseinandersetzungen in den Osten und Süden des Landes konnte zwar eine Vielzahl der ukrainischen Unternehmen ihre wirtschaftliche Tätigkeit wiederaufnehmen, ist jedoch zugleich auch aufgrund von Zerstörungen und Unterbrechungen der Energieversorgung und Lieferketten mit großen Herausforderungen konfrontiert.

Nach Angaben von Germany Trade & Invest (GTAI/Juni 2023) sind die Bruttoanlageinvestitionen in der Ukraine seit Kriegsbeginn im Jahr 2022 um ein Drittel gesunken. Neue Projekte bleiben laut GTAI angesichts der Kriegsrisiken selten. Dazu tragen die hohen Kreditkosten und die Risikoaversion der Banken bei. Der Leitzinssatz beträgt immer noch 25 Prozent, soll aber laut der ukrainischen Nationalbank ab Oktober 2023 auf 21 Prozent sinken. Impulse für das Investitionsgeschehen gibt es laut GTAI durch die beschleunigte Privatisierung von Staatsbetrieben. Seit September 2022 haben über 270 Auktionen stattgefunden.

Um Waren in die Ukraine zu liefern oder dort zu investieren, sind auch deutsche und baden-württembergische Unternehmen aktuell mit größeren Herausforderungen und hohen Risiken konfrontiert. Die Bundesregierung bietet daher weiterhin Exportkreditgarantien (Hermes-Deckungen) und Garantien für Direktinvestitionen in der Ukraine.

Mit dem Ziel des Erhalts und der Wiederbelebung des Wirtschaftsverkehrs zwischen der Ukraine und Deutschland wurden im Juni zusätzliche Erleichterungen und Vereinfachungen für die Übernahme von Exportkreditgarantien geschaffen. Anstelle der bisherigen strengen Einzelfallprüfung und dem Erfordernis von Banksicherheiten soll nun eine regelbasierte Prüfung Anwendung finden und die Übernahme einer Sammeldeckung auch ohne Banksicherheit möglich sein, sofern die risikomäßige Vertretbarkeit gegeben ist. Die Umstellung des Verfahrens soll vor allem eine Erleichterung für exportorientierte kleine und mittlere Unternehmen bieten.

Das Instrument der Investitionsgarantien unterstützt deutsche Unternehmen bei der Erschließung und dem Ausbau von Produktions- und Absatzmärkten, die mit politischen Unsicherheiten behaftet sind. Die Bundesregierung sichert Unternehmen dabei zum einen gegen politische Risiken (insbesondere Enteignungen oder enteignungsgleiche Eingriffe, Krieg sowie Konvertierungs- und Transferbeschränkungen) ab und entschädigt im Garantiefall den daraus entstandenen Vermögensverlust.

Darüber hinaus können Exporte in die Ukraine beispielsweise auch über die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) abgesichert werden, die nach Einzelfallprüfung auch Investitionsprojekte finanziert. Außerdem fördert die KfW-Bankengruppe Projekte in der Ukraine mit zwei Fonds für Investitionen in Vorhaben im Bereich Klimaschutz/Erneuerbare Energien und in die lokale Finanzinfrastruktur.

Interessierten baden-württembergischen Unternehmen steht seit März 2023 außerdem die Plattform „Wiederaufbau Ukraine“ (www.ukraine-wiederaufbauen.de) der Bundesregierung zur Verfügung, die Informationen zum Wiederaufbau und zu Fördermöglichkeiten bietet sowie Möglichkeiten zur Verzahnung der deutschen Wiederaufbau-Hilfe.

Von den Kammern und Wirtschaftsverbänden wird über eine verstärkte Nachfrage seitens der baden-württembergischen Unternehmen zu Themen des Wiederaufbaus in der Ukraine und zu mittelfristigen Möglichkeiten für Investitionen berichtet. Es ist jedoch davon auszugehen, dass aktuell angesichts der beachtlichen Herausforderungen und Risiken vor allem kleine und mittlere Unternehmen noch nicht bereit sind für ein wirtschaftliches Engagement in der Ukraine.

Perspektivisch ist bei einer Beendigung des Krieges aufgrund zugesagter massiver Wiederaufbauhilfen und der stärkeren Anbindung der Ukraine an die Europäische Union von einem schnellen Wachstum des ukrainischen Bruttoinlandsproduktes (BIP) in den nächsten Jahren auszugehen. Laut Branchen- und Länderexperten bieten nach Ende des Krieges insbesondere die Lebensmittelindustrie und die Landwirtschaft, der Bau- und Infrastruktursektor, die Autozuliefererindustrie, der IT-Bereich und der Maschinenbau ein hohes Potenzial für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Ukraine.

11. welche konkreten Maßnahmen und Initiativen sie seit Beginn des russischen Angriffskriegs bereits ergriffen hat oder aber gegenwärtig plant, um baden-württembergische Unternehmen bei Investitionen in die Ukraine zu begleiten und zu unterstützen;

Zu 11.:

Baden-Württemberg ist neben Bayern am *Interreg B-Donauraumprogramm* beteiligt und hat den *Vorsitz* für Deutschland im transnationalen Begleitausschuss des Programms. Dieser hat einstimmig beschlossen, die Teilnahme am Programm für das gesamte Gebiet der Ukraine zu ermöglichen. Bisher umfasste das Programmgebiet die vier ukrainischen Bezirke (Oblasten) im äußersten Südwesten des Landes. Zudem wurde beschlossen, verbliebene Mittel aus dem Europäischen Nachbarschaftsinstrument (ENI) der Förderperiode 2014 bis 2020 in Höhe von ca. 5 Mio. Euro zur rückwirkenden Finanzierung von Aktivitäten im humanitären Bereich und in der Flüchtlingshilfe in der Ukraine und der Republik Moldau zu nutzen. Etwa 2,78 Mio. Euro können hiervon ukrainischen Begünstigten zugute kommen.

Das Land Baden-Württemberg arbeitet auch im Rahmen der *EU-Donauraumstrategie* (EUSDR) eng mit der Ukraine zusammen. Der durch das *Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus* (WM) koordinierte *Prioritätsbereich 8* (PA8 – Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU) der EUSDR pflegt besonders gute Kontakte zum Ukrainischen Institut für Internationale Politik. Die Direktorin des Instituts, Frau Nadija Afanasieva, ist aktive Teilnehmerin der Steering Group der PA8 und das WM beteiligt sich regelmäßig an den Veranstaltungen des Instituts, wie beispielsweise an der Veranstaltung „Skills can save the world“ bei der EU Week of Cities und Regions in Brüssel.

Im Februar 2023 besuchte eine Delegation des WM die *Messe ReBuild Ukraine*, die vom 15. bis 16. Februar 2023 in Warschau stattfand. Auf der Maschinen- und Baumesse, die als Plattform für Wiederaufbau- und Investitionsprojekte in der Ukraine dienen sollte, informierten ukrainische Regionen und die Regierung die ausstellenden Bauunternehmen aus ganz Europa über die Zerstörungen auf ihrem Gebiet und stellten verschiedene Aufbaupläne vor. Der Fokus lag auf dem Aufbau der Infrastruktur, dem Industrie- und Wohnungsbau.

Unter den etwa 200 ausstellenden Unternehmen stammten etwa 50 aus Deutschland und hiervon fünf Unternehmen aus Baden-Württemberg. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bot den deutschen Unternehmen eine Beteiligung im Rahmen eines deutschen Gemeinschaftsstandes an. Der deutsche Gemeinschaftsstand auf der ReBuild Ukraine in Warschau nahm etwa ein Drittel der Ausstellungsfläche ein und war damit der größte Gemeinschaftsbeitrag zur Messe.

Neben den Unternehmensständen besuchte die baden-württembergische Delegation auf der Messe ReBuild Ukraine auch die Stände der ukrainischen Städte

Winnyzja (Partnerstadt von Karlsruhe seit April 2023) und Dnipro und informierte sich über die aktuelle Lage vor Ort sowie die Möglichkeiten der Zusammenarbeit beim Wiederaufbau.

Am 15. November 2022 organisierte das WM im Rahmen der „GlobalConnect – Forum für Export und Internationalisierung“ ein Osteuropaforum mit dem Titel „Europa neu denken: Osteuropa als enger Partner in der Zeitenwende“. Hier kamen Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik zusammen, darunter auch Mitglieder der Steering Group des Schwerpunktbereichs 8 der EUSDR, die Präsidentin des ukrainischen Verbandes der Unternehmensberater CMC Ukraine und Direktorin für die Internationalisierung der ukrainischen Cluster-Allianz sowie ein Vertreter des ukrainischen Generalkonsulats, um über gemeinsame Themen wie neue Marktpotenziale, Chancen von Nearshoring, Energiesicherheit und belastbare Lieferketten zu diskutieren.

12. wie sich die Außenhandelsbilanz mit der Ukraine seit 2020 entwickelt hat;

Zu 12.:

Baden-Württembergs Exporte in die Ukraine entwickelten seit 2020 wie folgt:

- 2020: 532,0 Mio. Euro
- 2021: 597,7 Mio. Euro
- 2022: 512,8 Mio. Euro (vorläufige Angabe).

Wichtigste Exportgüter waren Maschinen, Kraftwagen und Kraftwagenteile, Chemische Erzeugnisse und Pharmazeutische u. ä. Erzeugnisse. Die Ukraine lag im Jahr 2022 auf Platz 49 der baden-württembergischen Ausfuhrländer.

Baden-Württembergs Importe aus der Ukraine seit 2020:

- 2020: 213,0 Mio. Euro
- 2021: 268,4 Mio. Euro
- 2022: 240,0 Mio. Euro (vorläufige Angabe).

Wichtigste Importgüter waren Kraftwagen und Kraftwagenteile, Bekleidung, Metalle, Möbel, Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren, Futter- und Nahrungsmittel. Die Ukraine lag im Jahr 2022 auf Platz 61 der baden-württembergischen Einfuhrländer (Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg).

13. ob und falls ja, in welchem finanziellen Umfang die LBBW gegenwärtig in der Ukraine aktiv ist (Antwort bitte in Euro/Dollar pro Jahr sowie, so zutreffend, unter Angabe des entsprechenden LBBW-Engagements der Jahre 2020 und 2021);

Zu 13.:

Das Ukrainegeschäft der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) ist traditionell sehr überschaubar und ist im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der heimischen Wirtschaft in der Ukraine zu sehen. Das Kreditexposure liegt aktuell bei 0,3 Mio. Euro (2020: 0,4 Mio. Euro, 2021 und 2022 jeweils 0,3 Mio. Euro). Darüber hinaus legen ukrainische Banken in Einzelfällen Gelder bei der LBBW an. Zudem ist die LBBW selektiv in den Zahlungsverkehr mit ukrainischen Banken involviert.

14. inwieweit sie gegenwärtig plant, den LBBW-Standort Moskau in die Ukraine zu verlegen (Antwort bitte mitsamt wirtschaftspolitischer Bewertung einer etwaigen Verlegung);

Zu 14.:

Das Betreiben von Standorten betrifft das operative Geschäft der LBBW und liegt somit allein in der Zuständigkeit des Vorstands. Die Eigentümer der LBBW haben hierauf keinen Einfluss. Die LBBW unterhält in Moskau seit dem Jahr 2005 eine Repräsentanz mit zwei Beschäftigten. Das von der LBBW betriebene German Centre hat seinen operativen Geschäftsbetrieb zum 31. März 2023 eingestellt. Die LBBW teilte mit, dass sie mit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine sämtliches Neugeschäft in Russland eingestellt habe. Die Repräsentanz unterstütze seitdem – unter Einhaltung aller relevanten Sanktionen und Vorgaben – alleinig die Unternehmenskunden der LBBW vor Ort bei der Abwicklung ihrer Bestandsgeschäfte.

15. inwieweit sie gegenwärtig plant, eine landeseigene Energiepartnerschaft mit der Ukraine abzuschließen.

Zu 15.:

Planungen für eine landeseigene Energiepartnerschaft mit der Ukraine gibt es derzeit nicht. Eine Zusammenarbeit im Energiebereich ist jedoch grundsätzlich auch über die Gremien der Europäischen Donauraumstrategie oder im Rahmen der Energiepartnerschaft der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine möglich. Jedoch haben sich hier bisher keine Kontakte des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu ukrainischen Stellen ergeben.

Hassler

Staatssekretär

Geförderte Projekte im Rahmen des Donauprojektfonds (EUSDR) seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine mit Ukraine-Bezug								
Nr.	Fördereinrichtung	Projektnummer	Projektbezeichnung	Zuwendungsempfänger	Bewilligtes Fördervolumen	Jahr	Beteiligte Länder	Kurzbeschreibung
1	Staatsministerium Baden-Württemberg, Donauprojektfonds	2022.03	Support the Supporter(s) - Mütterzentren bieten Sicherheit, Fürsorge und Hilfe zu Selbsthilfe	MINE e. V.	100.000,00 €	2022	Ukraine, BW, Ungarn, Slowakei	Unterstützungsprogramm für die Mütterzentren, damit diese in die Lage versetzt werden, ukrainischen Flüchtlingsfamilien (viele Mütter mit Kindern) entsprechende Unterstützungsleistungen anbieten zu können. Mit dem Projekt soll ein Kommunikations- und Internetsitzpunkt, Pop-Up-Point für ukrainische Mütter sein, u. a. Instrumente für die Online-Beratung von Geflüchteten für die Organisation von Beratungsangeboten oder für den koordinierten Einsatz von Helfern entwickelt werden.
2	Staatsministerium Baden-Württemberg, Donauprojektfonds	2022.04	SmarterTogether4Ukraine	Stadt Ulm	112.000,00 €	2022	Ukraine, BW	Einführung einer Schnittstelle, um die zivilgesellschaftlichen Akteure in Baden-Württemberg, die sich derzeit mit vielfältigen Aktivitäten rund um den Krieg in der Ukraine engagieren, zu unterstützen.
3	Staatsministerium Baden-Württemberg, Donauprojektfonds	2022.05	Netzwerk Zivilgesellschaft Ukraine	Agapedia gGmbH	120.000,00 €	2022	Ukraine, BW	Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Kommunen und zivilgesellschaftliche Partnerschaften in Baden-Württemberg zur Förderung/Unterstützung bei der Einrichtung internationaler kommunaler Partnerschaften. Vernetzung, Qualifizierung, Beratung sowie Vermittlung von Wissen zum Aufbau, Ausbau und zur Weiterentwicklung von kommunalen Partnerschaften.
4	Staatsministerium Baden-Württemberg, Donauprojektfonds	2022.06	Projektkoordinator*in "Kommunale Partnerschaften"	Städtetag Baden-Württemberg	50.000,00 €	2022	Ukraine, BW	Mit dem Projekt sollen junge Menschen in der Republik Moldau und geflüchtete Menschen aus der Ukraine in die Gesellschaft integriert werden. Die Hauptziele des Projekts sind: Förderung der persönlichen und sozialen Entwicklung junger Menschen, damit sie ihre Potenziale ausschöpfen, in den Arbeitsmarkt integriert werden sowie lebenspraktische Fähigkeiten erwerben können. Unterstützung von gefährdeten Menschen in der Ukraine, damit sie ein sicheres und würdevolles Leben in der Republik Moldau führen können.
5	Staatsministerium Baden-Württemberg, Donauprojektfonds	2022.07	Starke Gemeinschaft in der Republik Moldau: Hilfe für Geflüchtete und Jugendarbeit	CONCORDIA Sozialprojekte Stiftung	169.000,00 €	2022	Republik, Moldau	Das Projekt soll durch zwei internationale Online-Workshops und einen Präsenzworkshop Inputs gegeben werden, damit junge und ältere Menschen aus den Donauländern gemeinsam aktuelle gesellschaftliche Themen diskutieren, die über die Online-Plattform VIMA-danube vor- und nachbereitet werden, und gemeinsam nach Lösungen suchen. Thematisch orientieren sich diese Workshops an brennenden gesellschaftlichen Themen in Europa, die durch den Krieg in der Ukraine und seine Folgen sowie andere aktuelle gesellschaftliche Probleme direkt und indirekt alle
6	Staatsministerium Baden-Württemberg, Donauprojektfonds	2022.08	"Taking little steps towards change"	ILEU e. V.	20.000,00 €	2022	Ukraine, BW	
Gesamtfördervolumen					571.000,00 €			

Geförderte Projekte im Rahmen der Perspektive Donau/Ukraine-Nothilfe seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine								
Nr.	Fördereinrichtung	Projektnummer	Projektbezeichnung	Zuwendungsempfänger	Fördervolumen	Jahr	Beteiligte Länder	Kurzbeschreibung
1	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau	1.62400.139	Rehabilitation von Kindern und Jugendlichen ChildFund und Deutschland e.V		30.000,00 €	2022	Ukraine (email, Gebiet Odessa)	Der Aufbau eines sonderpädagogischen Rehabilitationszentrums an der Pädagogischen Fakultät der Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität Ismail soll zu Verbesserungen der Rehabilitationsdienste für betroffene Familien im südlichen Teil des Gebiets Odessa (Bezirk Ismail und Bohirad, Stokranie) beitragen. Aufgrund der aktuellen Situation gibt es dort bisher keine ambulanten Unterstützungsmaßnahmen. Unterstützungsprogramme für Familien mit Kindern mit (körperlicher und kognitiver) Behinderung.
2	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau	1.62400.137	Aufbau von Kapazitäten ukrainischer Sozialer Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland		45.543,75 €	2022	Ukraine, Rumänien	Das Projekt zielt darauf ab, Kapazitäten von sozialen Diensten und Strukturen zur besseren Versorgung von bedürftigen Menschen unter (Nach-)Kriegsbedingungen in der ukrainischen Provinz Kamnits - Podolski zu verbessern. Gemeinsam mit der rumänischen Organisation FONT wird dafür ein innovatives Fortbildungsprogramm konzipiert und umgesetzt sowie eine Plattform etabliert. Erfahrungen aus der EUSDR-Zusammenarbeit werden genutzt.
3	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau	1.62400.136	Frieden oder Freiheit?	Nationaltheater Mannheim	45.000,00 €	2022	Ukraine, BW	Im Juni 2023 planen das Schauspiel des Nationaltheaters Mannheim und das Theaterhaus G7 eine Koproduktion mit dem Leit Bank Theatre Kyiv, dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter derzeit im Exil leben. Ausgangspunkt ist eine zeitgenössische Übersetzung von -Wilhelm Tell-, durch ein ukrainisches zeitgenössisches Ensemble. Ein ukrainisch-deutsches Team und Ensemble bringen das Stück in Mannheim auf die Bühne. Das Projekt stärkt die ukrainischen Künstlerinnen und Künstler und richtet sich u.a. an ukrainische Geflüchtete.
4	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau	1.62400.114	Frauen für den Frieden - Stärkung der Rolle Amica		35.263,88 €	2021	Ukraine	Das Projekt zur Stärkung von Kriegstransportern und von Gewalt betroffenen Frauen in Moldau, Rumänien und Serbien ist ein Teil des Projekts "Institutionen und gesellschaftlichen Teilhabe an Entscheidungsprozessen beitragen. Zudem trägt das Projekt zur Verbesserung des Schutzes vor geschlechtsspezifischer Gewalt und zum Ausbau der Kapazitäten der Zivilgesellschaft und Regierungsebene bei, was maßgeblich zur Schaffung und Wahrung eines stabilen Friedens führen soll.
5	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau Ukraine-Nothilfe	1.62400.00_UA_01	Ukraine-Hilfe cleandnube	AWP	6.440,50 €	2022	Deutschland, Österreich, Republik Moldau	Nach Kriegsbeginn ist das Projekt als Nothilfe-Projekt umgesetzt worden. Im Rahmen des cleandnube-Projektes war geplant, auch die Donauländer Ukraine und Moldau zu bereisen. Auf Grund des Krieges ist das nicht möglich. Viele Menschen, darunter vor allem Frauen und Kinder, fliehen aus der Ukraine. Oft in Länder durch die wir reisen. Die Notlage erkennend, möchten wir vom Krieg betroffene Menschen, insbesondere Kinder, unterstützen. An unseren Etappenzielen werden wir Sachspenden sammeln. Wir bringen aus PET-Flaschen recycelte Tumbalein mit, die wir gemeinsam packen (bspw. mit Speisefischen, Malbüchern, Stiften, etc.) und über eine NGO in Moldau an Kinder verteilen.
6	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau Ukraine-Nothilfe	1.62400.00_UA_02	IT-Förderprogramm Ukraine	IAW	10.000,00 €	2022	Ukraine, Moldawien, BW	Projekt zur Förderung von nach Moldau und Deutschland geflüchteten ukrainischen Studierenden, Studierenden und Absolventen zur Übernahme einer Tätigkeit bei BWK-Unternehmen und zur Unterstützung bei der Weiterbildung in der Ukraine von Vertriebenen und Zurückkehrenden.
7	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau Ukraine-Nothilfe	1.62400.00_UA_03	Ankommende und Einheimische beegnen s ILEU e.V.		9.375,00 €	2022	Ukraine, BW (Ulm)	Mit dem Projekt wollen wir dem großen Sprachverständnisproblem zwischen ankommenden Geflüchteten und Einheimischen entgegenwirken, indem wir 1. die online-Plattform VirtuellMittachen.Aktiv mit ihren verschiedenen Möglichkeiten den ankommenden Geflüchteten in Ukrainisch zugänglich machen durch Einführungskurse und 2. dem vielfachen Wunsch nachkommen, Online-Workshops zu machen (Deutsch-Sprachkurse und Workshops Akkommen in D über Zoom mit Konsequenzberatung, ersten Helfern etc.)
8	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau Ukraine-Nothilfe	1.62400.00_UA_04	Ukrainehilfe	HOFFNUNG für eine neue Generation	10.000,00 €	2022	Rumänien und Ukraine	Spenden für Hilfsgüter, Einkauf von Lebensmitteln und Weitertransport der Hilfslieferungen mit Sattelzügen in unsere grenznahen Partner-Sozialstationen in Sighetul Marmatei und Suceava in Rumänien.
9	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau Ukraine-Nothilfe	1.62400.00_UA_05	Zusammen für die Ukraine - Geflüchtete engagieren sich	ILEU e.V.	9.700,00 €	2022	Ukraine, BW (Ulm)	Solovino und Czernowitz gebracht. Von hier aus werden die Hilfsgüter sorgfältig und gewissenhaft bis in das Kriegsgebiet im Osten der Ukraine verteilt. Vom 1.-10.7. findet das 12. internationale Donaufest-Ulm/Neu-Ulm statt. Über die Ukrainehilfe des ILEU e.V. haben sich nun Geflüchtete zusammengelunden, die sich während des Donaufests für ihr Land in verschiedenster Weise einbringen möchten. Sie möchten am Donaufest während der ganzen Zeit einen Stand "Ulm zusammen für die Ukraine" gestalten, bei dem sie selbst produzierte Dinge anbieten. Der Erlös soll klar definierten Spendenzwecken zukommen, der Stand wurde bereits genehmigt. Aber auch andere Aktivitäten im Rahmen des Donaufests sind in Planung (Auftritte bei Tagung der Danube-Netzwerke, in einer Seniorenanlags, Workshops für Kinder, etc.).
10	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau Ukraine-Nothilfe	1.62400.00_UA_06	Nuclei für Winterhilfe Ukraine	Hoffnung und Hilfe e.V.	10.000,00 €	2022	Ukraine	Dafür haben sich kleine Gruppen gebildet, "Nüchtrgruppen", Backgruppen, Fotogruppe, Lesegruppe, Kleingruppe, Informationsgruppe, Organisationsgruppe, etc. Diese Gruppen sollen sich zusammenschließen, um die Ukraine ansetzen zu können, abt und einen Lichtblick in schwierigen Zeiten. Sonderproduktion von Nuclei für die Winterhilfe für die Ukraine durch die Firma Spatchinger Nuclei GmbH in 78549 Spaichingen. Danach Transport zusammen mit weiteren Lebensmitteln, durch unsere eigenen LKW nach Odessa. Unser Projektpartner, das Hilfswerk "Neues Leben", verteilt die Lebensmittel in Form von Lebensmittelpaketen an Obdachlose und bedürftige Familien. Die Nuclei sollen als Winterhilfe für die kommende schwierige Jahreszeit produziert und verteilt werden.

11	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau Ukraine-Nothilfe	1.62400.00_UA_07	Integration ukrainische Pflegefachkräfte	Mälteser Hilfsdienst gGmbH	10.000,00 €	2022	Ukraine	Viele ukrainische Frauen, die sich derzeit in Flüchtlingsunterkünften befinden, möchten möglichst schnell einen geregelten Arbeit nachgehen und ihr Auskommen bestreiten. Wir möchten den ukrainischen Pflegefachkräften über einen Deutschlernkurs sowie Unterstützung im Anerkennungsverfahren dabei helfen, in ihrer erlernten Profession bei uns zu arbeiten. Auch im Anschluss soll durch den Einsatz von Integrationspaten eine Begleitung sichergestellt werden. Schaffung von Unterstützungsangeboten für geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer sowie freiwillige Helferinnen und Helfer in Deutschland und anderen Donauländern, die in der Ukraine und in den Grenzregionen bei der Bewältigung der Kriegsfolgen aktiv sind. Das Ziel des Projekts ist es, die online Informationsplattform des ABLE e.V. weiterzuentwickeln und sie mit Offline-Angeboten und Vor-Ort-Treffen zu erweitern. Dabei verfügt ABLE e.V. das Ziel, den Geflüchteten mehr Offline-Austausch-Möglichkeiten in Deutschland und in anderen Donauländern anzubieten, sie bei der Vermittlung zu unterstützen sowie regelmäßige Meetings vor Ort zu organisieren. Dadurch werden die Geflüchteten schneller in die deutsche Gesellschaft integriert, bekommen ein besseres Gefühl für das solidarische Europa und vermehren sich nicht nur, sondern auch in Deutschland, sondern lernen auch andere Menschen aus der Donauregion kennen.
12	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau Ukraine-Nothilfe	1.62400.00_UA_08	UA-Women Power Network	ABLE e.V.	10.000,00 €	2022	Ukraine, BW (Ulm)	Dieses Projekt stellt die erste Phase der Einrichtung eines Rehabilitationszentrums an der Pädagogischen Fakultät der Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität Ismail dar, in der ein „Logopädisches Sprechzimmer“ (Sprachtherapie) an der genannten Fakultät eingerichtet wird. Die Hauptaufgabe in dieser Phase wird darin bestehen, die Inbetriebnahme des neu eingerichteten Sprachtherapie Raums zu bewerkstelligen. Die geplanten Maßnahmen sollen an der Pädagogischen Fakultät der Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität Ismail stattfinden, an dessen Standort das zukünftige (Früh)Rehabilitationszentrum für Kinder mit Behinderung und sonderpädagogischem Förderbedarf aufgebaut werden soll.
13	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau Ukraine-Nothilfe	1.62400.00_UA_09	Einrichtung eines Sprachtherapie Raums für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Ismail, Gebiet Odessa (Südukraine)	ChildFund Deutschland e.V.	10.000,00 €	2022	Ismail, Südukraine	Für die ukrainischen Geflüchteten (allein in Ulm über 2.000 Personen) ist die Zeit zwischen den Jahren besonders belastend – Sorge um die Familie in der Ukraine, die eigenen Lebensbedingungen in Großraumbewohnungen, dazu die Winterkälte. Das betrifft v.a. Mütter mit kleinen Kindern, Alleinstehende, ältere Menschen. Zudem haben viele Angst, durch die Winterpause die mühsam erworbenen Deutschkenntnisse wieder zu verlieren. Das ILEU-Team möchte dem etwas entgegenzusetzen und mit Partnern in Ulm durch einige Aktivitäten „Lichtblicke“ in diese dunkle Zeit, bringen: 1. Durch eine Gemeinschaftsveranstaltung in der Gaststätte Teutonia am 28.12., mit Essen und Programm, für 180-200 Personen, für Ukrainerinnen und Ukrainer sowie einmännlich arbeitende Einheimische. 2. Durch Organisation von Einladungen von Geflüchteten in deutsche Familien in der Zeit zwischen Weihnachten und dem neuen Jahr sowie im Januar. 3. Durch Kronenabgaben im Vorfeld für Kinder. 4. Durch Kleinstveranstaltungen im Ulm. Die Ukrainerinnen und Ukrainer sollen bei der Programmgestaltung beteiligt werden.
14	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau Ukraine-Nothilfe	1.62400.00_UA_10	Gemeinsamer Start ins Neue Jahr	ILEU e.V.	8.200,00 €	2022	Ukraine, BW (Ulm)	Sonderproduktion und Transport von Pulver- und Flüssigwaschmitteln für ein Container-Flüchtlingsdorf in Odessa, Ukraine. Das Waschmittel wird dort dringend benötigt um die hygienische Situation der Bewohner zu verbessern. Das Projekt unterstützt von Krieg, Flucht und Gewalt betroffene Frauen in der Ukraine dabei, sich ein neues Leben aufzubauen und trägt zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt in Flüchtlingslagern bei. Frauen-Flüchtlingsgruppen in der Ukraine werden durch das Projekt ökonomisch gestärkt. Durch die Anbindung an ein psychosoziales Beratungszentrum und eine Notunterkunft können sie Traumata aufarbeiten und sich stabilisieren. Die Landesakademie Ochsenhausen lädt zum 27. Mai im Sommer 160 Choristinnen und Choristen aus Europa, im Auftrag des Landes Baden-Württemberg ein. Vom 4. - 15.08.2023 werden die Sängerinnen und Sänger ein einzigartiges völkerverbindendes Chorfest feiern. Ein besonderer Aspekt in diesem Jahr ist, dass der Chor der Musikakademie Odessa als ukrainischer Chor das Internationale Chorfestival C.H.O.I.R. bereichern wird, um damit die gemeinsamen europäischen westlichen Werte im Alltag erlebbar zu machen. Seit Kriegsbeginn setzt sich unsere Partner-Organisation aktiv für Kriegsopfer und andere Menschen in Not ein. Aktuell werden mehr als 5.000 Binnenvertriebene, die auf dem Gebiet der Diözese von Sambor-Drohobych verteilt sind, unterstützt und versorgt. All diese Menschen bekommen soziale, psychologische, medizinische, seelsorgliche und andere notwendigen Leistungen. Um den Menschen weiterhin Lebensqualität zu verschaffen, werden Hilfestellungen mit benötigter Medizin und Lebensmitteln bereitgestellt. Unterstützung beim Betrieb und bei der Renovierung der Kinderklinik in Cherson sowie Lieferung von Hilfsmitteln für die Kinderklinik im Gebiet Cherson auf ein Hilfsesuchen der Verwaltung und der Ärzte der Klinik. In der Silvesternacht wurde ein Grossteil der Säuglingsstation zerstört. Die Klinik hat 400 Betten und behandelt 16.000 stationäre Patienten und 80.000 ambulante Patienten. Das Ziel der Gemeinwesenarbeit in Ljupusna ist es, die Lebensqualität von Jung und Alt zu verbessern und prekäre Situationen zu überwinden. Kinder und Jugendliche werden durch eine außerschulische Lernbetreuung in ihrem Bildungserfolg individuell unterstützt. Familien werden in belastenden Lebenssituationen beraten und gestärkt, ältere und bedürftige Menschen erhalten je nach Bedarf Gesundheitsvorsorge, Rehabilitationsleistungen und hochwertige Pflege (ambulante und stationäre).
15	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau Ukraine-Nothilfe	2023.04	Waschmittel für Container-Flüchtlingsdorf in Odessa, Ukraine	Hoffnung und Hilfe e.V.	10.000,00 €	2023	Ukraine, BW	
16	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau Ukraine-Nothilfe	2023.11	Wieder freisetzen Baden unter den Eiben - Stärkung des Widerstandes und von Gewalt betroffenen Frauen in der Ukraine	AMICA	39.641,45 €	2023	Ukraine (Iwano-Frankiwsk)	
17	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau Ukraine-Nothilfe	2023.12	C.H.O.I.R. 2023 - internationales Chorfestival	Landesakademie für die musizierende Jugend	15.625,00 €	2023	Ukraine Deutschland Bosnien- Herzegowina Kroatien Tschechien	
18	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau Ukraine-Nothilfe	2023.15	Hilfsransport zur humanitären Nothilfe nach Drohobych	Aktion Hoffnung	26.700,00 €	2023	Ukraine (Drohobych)	
19	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau Ukraine-Nothilfe	2023.17	Humanitäre Hilfe Ukraine Kinderkrankenhaus Cherson	Kinder brauchen Frieden e.V.	50.000,00 €	2023	Ukraine (Cherson)	
20	Baden-Württemberg Stiftung Programm Perspektive Donau Ukraine-Nothilfe	2023.18	Prävention von Kinder- und Altersarmut in ländlichen Gegenden der Republik Moldau	CONCORDIA Sozialprojekte	49.624,70 €	2023	Republik Moldau	

Wir leisten akute Nothilfe für Menschen im Osten und Süden der Ukraine. Unser Fokus liegt hierbei auf Regionen und Dörfer nahe der aktuellen Frontlinien. Durch die regelmäßige Verteilung von bedarfsgerichten Hilfsgütern sichern wir die dringend benötigte Grundversorgung für diejenigen, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht fliehen konnten oder wollten. Primär handelt es sich hier um alte Menschen, kranke Menschen und junge Mütter mit ihren Kindern.

Baden-Württemberg Stiftung 21 Programm Perspektive Donau Ukraine-Nothilfe	2023,22	Nothilfe Kherson	30.000,00 €	2023	Ukraine (Cherson)
Gesamtfördervolumen Perspektive Donau			471.114,28 €		

Übersicht zu den Spenden an die Ukraine (einschließlich der Spende von Beatmungsgeräten an die Ukraine im Zeitraum Juni - August 2023)

Produkt	Menge insgesamt	Warenwert insgesamt	Abwicklung über das GMLZ		Spenden von Krankenhäusern bzw. gemeinnützige Vereinen	
			Menge	Warenwert	Menge	Warenwert
Spritzen 1 ml	5.779.200	609.521,41 €	5.536.000	596.297,47 €	243.200	13.223,94 €
Spritzen 2 ml	1.323.500	23.705,00 €	926.500	16.527,00 €	397.000	7.178,00 €
Spritzen 5 ml	5.072.500	147.447,84 €	4.194.000	122.006,64 €	878.500	25.441,20 €
Kanülen zum Verdünnen	3.959.900	76.957,31 €	2.110.900	30.825,11 €	1.849.000	46.132,20 €
Kanülen 23 G	5.560.000	237.800,00 €	5.560.000	237.800,00 €	0	0,00 €
Kanülenabwurfbehälter	1.800	4.400,00 €	1.800	4.400,00 €	0	0,00 €
NaCl	449.000	115.600,00 €	152.000	48.800,00 €	297.000	66.800,00 €
250 ml Desinfektion	105.530	421.985,15 €	64.370	257.411,01 €	41.160	164.574,14 €
5 ltr. Desinfektion	2.919	83.786,58 €	2.091	61.286,58 €	828	22.500,00 €
Pflaster	31.450	322.300,00 €	30.250	310.000,00 €	1.200	12.300,00 €
Tupfer	93.852	85.893,64 €	87.100	79.978,00 €	6.752	5.915,64 €
OP Kittel	68.374	187.344,76 €	53.514	146.628,36 €	14.860	40.716,40 €
KN95 Masken	23.220	58.050,00 €	23.220	58.050,00 €	0	0,00 €
OP Masken	443.300	132.990,00 €	0	0,00 €	443.300	132.990,00 €
Schutzbrillen	153.060	1.584.171,00 €	138.260	1.430.991,00 €	14.800	153.180,00 €
Fieberthermometer	254	0,00 €	0	0,00 €	254	0,00 €
Handschuhe	2.315.000	254.650,00 €	0	0,00 €	2.315.000	254.650,00 €
Deepfreezer	6	60.000,00 €	6	60.000,00 €	0	0,00 €
Beatmungsgerät FLO Vigaro	384	2.964.756,48 €	300	2.316.216,00 €	84	648.540,48 €
Beatmungsgeräte Aeonmed	955	34.888.063,00 €	775	28.483.483,00 €	180	6.404.580,00 €
Summe	25.384.204	42.259.422,18 €	18.881.086	34.260.700,17 €	6.503.118	7.998.722,00 €

Anlage 4

Lieferung	Ballistische (ball.) Schutzwestenpakete für Oberkörper in Schutzklasse 1	Unterziehtagehüllen für ball. Schutzwestenpakete	Sonstige ball. Schutzausstattung	Atemschutzmasken	Atemschutzfilter für Atemschutzmasken	Diverse Erste-Hilfe-Ausrüstung	Vinyl-Einweghandschuhe	Kanülen	Zeitwert (In Euro)
03/2022	7.300	1.000		1.000	500	Ohne Angabe der Menge	42.000	5.800	23.284
05/2022	400	30	2 x ball. Türvorhänge, 1 x ball. Schutzdecke, 1 x ball. Ganzkörper-Schutzanzug, 1 x ball. Sprengschutzgürtel						1.261
09/2022	676	167							2.000
Gesamt	8.376	1.197	Siehe oben	1.000	500	Siehe oben	42.000	5.800	26.525